



Joshua Seger/Moritz Müller:
Die IG Metall in der Polykrise
Heiko Glawe: Das Gespenst
Ausbildungsabgabe

Beiträge u.a. von
Cornelia Hildebrandt, Dagmar
Fitz, Joachim Rock, Wolfgang
Müller, Claus-Jürgen Göpfert,
Christoph Lieber, Bernhard
Sauer, Joachim Bischoff



Forum
Gewerkschaften



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die
Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website
www.Sozialismus.de, mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend
Unterstützung, also neue Abonnent*innen und **Spenden**.
Beides ist auf der Website möglich.
Vielen Dank im voraus!

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Andrej Babiš will das Land regieren

Infolge der Parlamentswahlen vom 3./4. Oktober wird das bislang liberale Tschechien deutlich nach rechts schwenken. Die Partei des Unternehmers Andrej Babiš gewann die Wahl. Dieser dürfte erneut – wie schon in den Jahren 2017 und 2021 – Ministerpräsident werden. [...]

»Physik gilt auch für Idioten« (Harald Lesch)

In seiner Rede vor der UN-Generalversammlung bestritt US-Präsident Donald Trump die Existenz des menschengemachten Klimawandels. Er bezeichnete ihn als »größten Betrug, der jemals an der Welt begangen wurde« und sprach von einem »grünen Schwindel«. [...]

Aufschwung Fehlanzeige

DIW (Berlin), Ifo (München), IWH (Halle/Saale), IfW (Kiel) und RWI (Essen) rechnen im Herbstgutachten nicht mit einer nachhaltigen Erholung der deutschen Wirtschaft. Für 2025 wird nur ein Mini-Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2% erwartet, für die kommenden beiden Jahre ein Anstieg um 1,3% bzw. 1,4%. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Die Lage im Land

Joachim Rock:
Sozialstaat ohne Haltelinien? 2

Bernhard Müller:
Abschaffung des Bürgergeldes – Vertiefung der sozialen Spaltung 5

Cornelia Hildebrandt:
Deutschland auf dem Weg zur Aufrüstung und DIE LINKE 10

»Peacemaker«, Pomp, Rote Teppiche und eine neue Weltordnung

Joachim Bischoff: Donald Trump: Macht zum Durchregieren?
Eine Zwischenbilanz 15

Friedrich Steinfeld: Waffenstillstand in Gaza!?
Der Nahe Osten auf dem Weg zum »ewigen Frieden«? 23

Bernhard Sander: Ein roter Teppich für Marine Le Pen?
Die 5. Republik in Frankreich geht dem Ende entgegen 28

Wolfgang Müller: Shanghai Coordination Organisation
Neue multipolare Weltordnung? Die Außenpolitik der Volksrepublik China 33

Forum Gewerkschaften

Joshua Seger/Moritz Müller: Gegenmacht im Klassenstaat
Über die Herausforderungen für die IG Metall in der Polykrise
und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit 38

Heiko Glawe: »Ein Gespenst geht um in Berlin,
das Gespenst der Ausbildungsumlage« 44

Kippunkte der Parteiendemokratie

Christoph Lieber: Fluchtpunkt Mitte
Lösung oder (Demokratie)Krise ohne Alternative? 50

Erinnerungskultur: Aus der Geschichte gelernt?

Claus-Jürgen Göpfert: »Die Orte sind der bleibende Beweis für die Verbrechen«
Generationenwechsel in der Erinnerungsarbeit 57

Bernhard Sauer:
Hätte der Erste Weltkrieg verhindert werden können? 60

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 49

Veranstaltungen & Tipps 64

Dagmar Fitz: Klara (Filmkritik) 65

Supplement

Michael Brie
DIE LINKE als sozialistische Klassenpartei
Plädoyer in der strategischen Diskussion

Gegenmacht im Klassenstaat

Über die Herausforderungen für die IG Metall in der Polykrise und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit
von ■ Joshua Seger und Moritz Müller



Foto: VSA-Archiv (Rico Irmischer, IG Metall Bayern)

In den Betrieben, der Tarifpolitik und der politischen Arena stehen die deutschen Gewerkschaften derzeit vor der größten Herausforderung seit ihrer Neugründung nach 1945. In der Industrie sind sie mit Massenentlassungen und Werksschließungen konfrontiert, während Mitgliederzahlen sinken, die Tarifbindung historisch niedrig ist, Tarifabschlüsse bestenfalls Reallohnverluste verhindern sowie demokratische Strukturen und Rechte ebenso wie der Sozialstaat von der Politik sowie der Kapitalseite angegriffen werden. Dies alles in einer Situation der wachsenden Kriegsgefahr und Militarisierung der Gesellschaft sowie der eskalierenden Klimakrise. Die Gewerkschaften stecken in der Defensive fest.

Auf dem Sozialstaatskongress der IG Metall im Juni 2025 stellte Hans-Jürgen Urban, das u.a. für Sozialpolitik zuständige geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, fest, dass es den Gewerkschaften in der »Polykrise« (Adam Tooze) noch nicht gelungen sei, ihre »historische Aufgabe klar zu definieren.« Einen Beitrag dazu wollen wir mit dem folgenden thesenhaften Beitrag leisten, der explizit nach den Handlungsfeldern und Eingriffsmöglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns fragt und sich als Anstoß für die weitere Diskussion versteht.

1. In der Polykrise erodieren die Fundamente gewerkschaftlichen Handelns derart, dass eine punktuelle Neujustierung der Interessenvertretungspolitik nicht ausreicht. Auf der Suche nach neuen Mitteln und Zielen muss die Polykrise in ihrer Drastik analytisch und politisch ernst genommen werden.

»Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen gut.« Dass dieser neoliberale Glaubenssatz nicht stimmt, lernen Kolleg*innen auf jedem gewerkschaftlichen Einführungsseminar und aus eigener Erfahrung. Allerdings: Nur wenn ein Unternehmen Profit macht, wächst der Kuchen, sodass Kapital und Arbeit über dessen Verteilung streiten können. Selbst auf sinkende Gewinne folgen Verzichtsforderung und die Drohung mit dem Abbau von Arbeitsplätzen oder gar der Schließung ganzer Werke. Dieses Dilemma bereitet Beschäftigten sowie aktiven Gewerkschafter*innen in der Praxis regelmäßig Kopfschmerzen. Gerade im besonders energieintensiven und exportorientierten Organisationsbereich der IG Metall wurden diese Schmerzen für die abhängig Beschäftigten und ihre Interessenvertretung jedoch dadurch *relativ* gelindert, dass über lange Zeit überdurchschnittlich hohe Einkommen bei relativ kurzen Regelarbeitszeiten durchgesetzt werden konnten. Zwar bot das deutsche Exportmodell schon immer Anlass zur Kritik, inzwischen ist es jedoch als solches in die Krise geraten. Mit der Erosion der Fundamente dieses »Erfolgsmodells« gerät zugleich die Basis gewerkschaftlicher Organisations- und Handlungsmacht in den Betrieben und der Tarifpolitik ins Wanken.

Nahmen Gewerkschaften umwelt- und menschen-schädigen des Wirtschaftswachstum früher – beileibe nicht kritiklos – hin, sofern davon ausgehend bessere Einkommen und Arbeitsbedingungen für mehr Menschen erkämpft werden konnten, dominiert angesichts der Konkurrenz auf den Märkten heute *bestenfalls* geringes Wirtschaftswachstum. Trotz oder vielmehr *wegen* der Unternehmensgewinne prägen Kosteneinsparungsmaßnahmen auf dem Rücken der Beschäftigten seit Jahrzehnten die Unternehmenspolitik. Für die Leidtragenden gilt deshalb: »Krise ist immer« (Sauer 2012). Diese Entwicklung wird für die Betroffenen abermals verschlimmert, da sie die klimatischen und sozialen Folgen des Exportmodells in Form von Umweltkatastrophen inzwischen verstärkt am eigenen Leib erfahren – und trotzdem vom Erfolg dieses Modells abhängig sind, sofern sie ihre vergleichsweise gut bezahlten Arbeitsplatz nicht verlieren wollen. Diese Erfahrung wird für immer mehr Kolleg*innen Realität, da der Qualitätsvorsprung vieler deutscher Produkte nicht mehr vorhanden ist, viele Märkte übersättigt sind und die deutsche Industrie auf den Wachstumsmärkten ins Hintertreffen geraten ist.

Und damit ist die Liste der sich gegenseitig verstärkenden Krisenerscheinungen noch nicht beendet. Mit der sich verschärfenden kapitalistischen Staatenkonkurrenz wächst zugleich die Kriegsgefahr – inklusive der Rüstungsindustrie. Selbstverständlich wollen die meisten Beschäftigten im Zweifelsfall lieber für ein tarifgebundenes Rüstungsunternehmen arbeiten, als arbeitslos zu werden. Und selbstverständlich ist die IG Metall angesichts sinkender Mitgliederzahlen und Werksschließungen froh über jeden Industriearbeitsplatz. Allerdings sind die Folgen des »militärischen Keynesianismus« (Yanis Varoufakis) besonders fatal: Weil Krieg(sproduktion) der größte Zerstörer von Le-

ben und Umwelt ist; Geld und Personal verschlingt, das für die Wende zur klimaneutralen Produktion benötigt wird; die Krise der sozialen Daseinsvorsorge verschärft und die weitere Schleifung des Sozialstaats befeuert; Kriegsproduktion die (auch sozial) am wenigsten nachhaltige Form der Produktion ist; die Militarisierung nach außen mit einer innenpolitischen Militarisierung einhergeht, die die Beschäftigten und die Gewerkschaften den außenpolitischen Ambitionen der Bundesrepublik unterwirft. Und letztlich: Weil diejenigen, die die Panzer bauen, Gefahr laufen, selbst in ihnen sitzen zu müssen.

Auf politischer Ebene zeigt sich, dass die praktische Krisenerfahrung bei abhängig Beschäftigten nicht automatisch zu solidarischen Haltungen und Positionen führt. Vielmehr verlieren Gewerkschaften viele Kolleg*innen an diejenigen Kräfte, die die Ursachen der Polykrise noch verschlimmern sowie demokratische Strukturen, Institutionen und Rechte schleifen oder sogar abschaffen wollen. Dem können wir nur dann etwas entgegenhalten, wenn Konfliktthemen wie Sozialabbau, Verteilungsfragen, Klimawandel, Militarisierung und Wirtschaftskrisen auf allen Organisationsebenen in ihrem Gesamtzusammenhang diskutiert und politische Schlüsse daraus gezogen werden. Dazu braucht es Aufklärung auch und gerade in den Betrieben selbst, mithin eine Politisierung der Betriebspolitik. Betriebsräte und vor allem Vertrauensleute brauchen das nötige Werkzeug und Wissen, um mit Kolleg*innen im Betrieb über politische Entwicklungen zu diskutieren, diese einzuordnen und zu orientieren. Dies gelingt nicht durch Redebeiträge auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen und auch nicht durch Seminare, die nur von einem Bruchteil der Gewerkschaftsmitglieder besucht werden (können). Die Herausforderung besteht darin, Mittel und Wege zu finden, wie Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich als Bildungsprozess verstanden und organisiert werden kann. Das wirft notwendigerweise Fragen der Ressourcenverteilung und der Priorisierung von Aufgaben auf allen Ebenen auf: Soll der Fokus der Betriebspolitik weiterhin auf der fachlich-rechtlichen Beratung von Betriebsratsgremien liegen? Oder braucht es mehr Einsatz für die Bildung und Stärkung von Vertrauensleutestrukturen, die Themen auch politisch durchsetzen können? Wir plädieren für letzteres und behaupten, dass ohne klare Prioritätensetzung keine nachhaltige Stärkung und Politisierung der Gewerkschaftsstrukturen gelingen kann.

2. Gewerkschaftliche Demokratiepoltik darf den Status quo nicht verteidigen, sondern muss die berechnigte Unzufriedenheit und Kritik an den herrschenden demokratischen Verhältnissen aufgreifen und kohärent machen. Dies muss immer mit dem Ziel der Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden werden.

Viel wird derzeit über die Gefährdung »der Demokratie« diskutiert. Allerdings erweist sich Demokratie als Containerbegriff, auf den positiv Bezug genommen wird, ohne klarzumachen, was

Joshua Seger ist Gewerkschaftssekretär in der IG Metall-Geschäftsstelle Darmstadt, Moritz Müller ist Bildungsreferent im IG Metall-Bildungszentrum Sprockhövel.

damit gemeint ist. Das spiegelt sich auch in den verschiedenen Umfragen wider: So befürworteten etwa 90% der Menschen in Deutschland die »Demokratie als Idee«, während knapp 73% die »Demokratie, wie sie in der Verfassung festgelegt ist« unterstützen. Wird allerdings nach dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik gefragt, sinkt die Zustimmung auf circa 42% (Decker u.a. 2024: 72–74).

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie ist dabei auch Ausdruck der »politischen Deprivation«. Beispielsweise stimmen über 70% der im Rahmen der *Leipziger Autoritarismusstudie* Befragten der Aussage: »Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut« (ebd.: 74), zu. Zudem beklagen laut Friedrich-Ebert-Stiftung knapp 68% der Bevölkerung mangelnde politische Beteiligungsmöglichkeiten jenseits des Wahlakts, während circa 40% der Aussage zustimmen, es mache »keinen Unterschied, wer an der Regierung ist« – die Zustimmung zu dieser Aussage wächst auf über 50%, wenn die »politischen Ränder« von der Aussage ausgenommen werden (Best u.a. 2023: 20–21). Eine andere Studie des Göttinger SOFI gibt wiederum Auskunft über die »Gesellschaftsbilder« ehrenamtlich Aktiver der IG Metall. Mehrheitlich wird ihnen »ein tief verankertes demokratisches Bewusstsein« attestiert, wobei Demokratie einerseits als »Form politischer Herrschaft« und andererseits als »Handlungsprinzip« verstanden wird. Allerdings wird »Demokratie« vor allem mit dem politischen System der Bundesrepublik inklusive der individuellen Bürgerrechte assoziiert – »Gewaltenteilung oder Mitbestimmung in der Arbeitswelt werden hingegen seltener genannt« (Kuhlmann u.a. 2024: 203–204). Kritik der Ehrenamtlichen an der Demokratie wird in der Regel mit dem Ziel geäußert, zu einer »besseren Demokratie« zu gelangen und Gefahren für die Demokratie abzuwenden. Doch welche sind das? Es herrscht ein »diffuses Unbehagen« über die Verkrustung und Abgehobenheit des politischen Apparats sowie über die »fehlende Transparenz des Zustandekommens politischer Entscheidungen« vor. Außerdem beklagen die Ehrenamtlichen »undemokratische Einflussnahmen durch Lobbyist*innen, insbesondere der Wirtschaft« (ebd.: 205).

Die Demokratie, wie sie praktisch erlebt wird, liefert also einigen Anlass zur Kritik. Die deutschen Gewerkschaften tendieren in öffentlichen Äußerungen allerdings zur relativ kritiklosen Verteidigung des demokratischen »Status quo«. So suggeriert beispielsweise die Kampagne der DGB-Jugend »heut/wähl doch« zur Bundestagswahl 2025, die sich seit Jahren verschlechternden Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten seien bloß das Ergebnis der falschen Politik falscher Politiker*innen, weshalb in der Wahl des »richtigen« Personals die Lösung für die Misere liege. Dieses Vertrauen in den parlamentarischen Prozess geht jedoch an der Wahrnehmung vieler Menschen – und der Realität – vorbei. Egal, unter welcher Regierung: Die Mieten steigen, die Realeinkommen sinken, das Leben wird teurer. Die Aufgabe des politischen Personals ist es nicht, der Bevölkerung ein angenehmes Leben zu bereiten – auch wenn es immer wieder behauptet wird. Stattdessen sorgen sich Regierung und Opposition um Deutschlands Stellung in der internationalen (Staaten-)Konkurrenz und fungieren als »ideeller Gesamtkapi-

alist« (Friedrich Engels). Die Abgeordneten sind nur ihrem Gewissen verpflichtet. Wenn die Regierung nicht das tut, was »die Bevölkerung« will, ist das nicht die Abweichung von der demokratischen Norm, sondern die Norm, wie sie das Grundgesetz festschreibt. Dabei behandelt der Staat seine Bürger*innen bzw. die Beschäftigten ebenso als Kostenfaktor, wie es Unternehmen tun: Wie viel dürfen sie kosten? Wieviel bringen sie ein? Das geht so weit, dass der Staat im Zweifelsfall entscheidet, Menschen zum Töten und Sterben abzuordern (vgl. Nymoen 2025: 55–62).

Daraus folgt nicht, dass Gewerkschaften aufhören sollten, Druck auf die Politik auszuüben, Reformen im Sinne der abhängig Beschäftigten voranzutreiben oder Angriffe auf diese abzuwehren. Allerdings macht die konkrete Art und Weise, wie Gewerkschaften ihr politisches Handeln begründen und kommunizieren, einen Unterschied ums Ganze aus: Suggestieren wir, man müsse bloß die »richtigen« Politiker*innen wählen, selbst Parteimitglied werden, Protestbriefe an Abgeordnete schreiben usw., führt dies bei unseren Kolleg*innen zu Desorientierung und nährt bestenfalls ein Politikverständnis, wonach »die Parteien« für die »große Politik« und Gewerkschaften für Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge zuständig seien. Solange unsere eigene Kritik an der realen parlamentarischen Demokratie nicht über die Unterscheidung zwischen »guten« und »schlechten« Politiker*innen hinausgeht, sind wir mit unserer eigenen politischen Ansprache zudem anschlussfähig an rechte bis rechtsextreme Erzählungen, die die schlechte soziale Lage der Menschen mit der Unmoral, Korruption oder Fremdsteuerung der Politiker (durch Konzerne oder auswärtige Mächte) erklären, die doch eigentlich dazu verpflichtet seien »dem deutschen Volk« zu dienen. Sofern wir keine bessere Erklärung für das Handeln bürgerlicher Politik anbieten, liegt für viele Kolleg*innen der Schluss nahe, es handle sich bei der politischen Kaste einfach um »Volksverräter« oder dergleichen.

Demgegenüber halten wir eine andere Ansprache für gewinnbringender: Wir müssen als Gewerkschaft politisch sein und Druck auf die Politik machen. Allerdings haben wir überhaupt nur dann Aussicht auf politische Reformen in unserem Sinne, wenn wir diese der Politik abringen. Über einen bloßen Austausch des Personals erreichen wir keinen politischen Wechsel – am Ende können wir uns nur auf uns und unsere eigene Stärke verlassen. »Das Volk versteht das meiste falsch; aber es fühlt das meiste richtig«, schrieb Kurt Tucholsky 1931 in der Weltbühne (Tucholsky 1931: 500). Zweck gewerkschaftlicher Demokratiepoltik muss es also auch sein, falsche Vorstellungen über die Rolle des Staates und seiner politischen Repräsentanten zu kritisieren und in Bildungsprozessen mit den Beschäftigten deren Alltagsverstand (Antonio Gramsci) kohärent zu machen – nur so können Kritik, Verteidigung und Ausbau der Demokratie Hand in Hand gehen. Deshalb braucht es gewerkschaftliche Diskussion darüber, was Demokratie unter den herrschenden Verhältnissen (nicht) heißt, wie ein gewerkschaftliches Demokratieverständnis aussehen könnte, um welche Demokratie wir in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft kämpfen und nicht zuletzt auch, was Demokratie in Gewerkschaftsstrukturen selbst bedeutet bzw. wie diese gestaltet werden könnte und sollte.

3. Anstatt weiter vor der politischen und sozialen Spaltung zu warnen und den sozialen Zusammenhalt zu bemühen, braucht es Diskussionen darüber, wie Gewerkschaften selbst als Polarisierungsakteure auftreten können.

Wie bereits geschildert, verschlechtern sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten rapide. Dies ist Folge der Unterwerfung nahezu aller Lebensbereiche (inklusive der Öffentlichen Daseinsvorsorge) unter das Profitprinzip bei gleichzeitiger Beibehaltung der Schuldenbremse sowie des permanenten Drucks auf die Ausgabenseite der Öffentlichen Hand. Dieser Druck wird weiter steigen, da der Staat zwar die Schuldenbremse für Rüstungsinvestitionen faktisch abgeschafft hat, der Aufbau der Kriegswirtschaft jedoch – da große Vermögen nicht zur Finanzierung herangezogen werden – notwendig mit Kürzungen im ohnehin schon kaputt gesparten Sozialbereich und der Öffentlichen Daseinsvorsorge einhergeht. Der ursächliche (Verteilungs-)Konflikt zwischen Kapital und Arbeit einerseits sowie den außenpolitischen Ambitionen Deutschlands und den Lebensbedingungen der lohnabhängigen Bevölkerung andererseits wird von dieser mehrheitlich jedoch nicht als solcher verstanden, sondern stattdessen als Konflikt zwischen *innen* und *außen* bzw. (*völkisch*) *deutsch* und *nicht-deutsch*, *Männern* und *Frauen*, *woken* und *traditionellen Lebensstilen*, *alt* und *jung*, *faul* und *fleißig* usw. politisch (miss)interpretiert. Derzeit dominieren solche falschen und für die Betroffenen selbst schädlichen Polarisierungserzählungen.

Dies ist auch das Resultat des Dauerfeuers der sozialen, privaten und öffentlich-rechtlichen Medien sowie rechtspopulistischer Akteure und der bürgerlichen Parteien (Schlagworte: Bürgergeld, Flüchtlingspolitik, Staatshaushalt). Die politische »Mitte« betreibt den Rechtsruck maßgeblich mit und praktiziert eine Politik, wie sie vor einigen Jahren noch von der AfD gefordert wurde. Die wachsende und sich immer häufiger in Protesten niederschlagende Unzufriedenheit großer Teile der Bevölkerung mit der real existierenden Demokratie wird von der herrschenden Politik immer häufiger mit Angriffen auf zentrale Grund- und Menschenrechte beantwortet (Amnesty International 2025: 178–181), mit denen sich das »beste Deutschland, das es jemals gegeben hat« (Bundespräsident Steinmeier) gegenüber konkurrierenden Staaten sonst so gern brüstet. Außerdem diskutieren die Parteien der »Mitte« sowie die AfD über die Einschränkung der betrieblichen Mitbestimmung sowie das Streikrecht und greifen das Arbeitszeitgesetz sowie das Renten- und Krankenversicherungssystem an. Von einem politischen Generalangriff auf die Gewerkschaften *als solche* kann indes (noch) nicht gesprochen werden. Nach wie vor gelten sie parteiübergreifend als ein wichtiger Einflussfaktor, den es vor dem Hintergrund der »Zeitenwende« (Olaf Scholz) einzubinden gilt. Umso stärker nehmen dafür die Angriffe der Kapitalseite auf politischer, tariflicher und betrieblicher Ebene zu, weshalb zunehmend fraglich wird, ob es (noch) sinnvoll ist, von »Sozialpartnerschaft« zwischen Kapital und Arbeit zu sprechen (vgl. Agartz 1956).

Wie Gewerkschaften ihr Verhältnis zum Staat und zur Kapitalseite verstehen und politisch agieren, ist dabei nicht nur eine theoretische Frage für das Gewerkschaftsseminar, sondern hat praktische Konsequenzen bis in die betriebliche Arena hinein.

Deshalb braucht es auch in den Betrieben selbst Zeit und Raum zur Diskussion eben dieser Frage. Während in gewerkschaftlichen Einstiegsseminaren der Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit zentraler Analyserahmen für die betrieblichen und gesellschaftlichen Konflikte ist, dominiert in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit eine Deutung und Praxis, die annimmt, die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen könnten, Kompromissbereitschaft vorausgesetzt, zum »Wohle aller« *harmonisiert* werden. Gewerkschaften betreiben also zumeist explizit keine Politik der Polarisierung. So appellieren wir bei Konflikten um Arbeitsplätze und Standortschließungen an die »Verantwortung« der Unternehmen, fordern in Tarifkonflikten einen »gerechten Anteil« am Gewinn bzw. ermahnen die Unternehmer und Aktionäre, nicht so gierig zu sein. Und auch gesellschaftspolitische Wortbeiträge der Gewerkschaften drehen sich meist um Fragen der moralischen Angemessenheit oder der »Gerechtigkeit« angesichts des bedrohten »sozialen Zusammenhalts«. Auch in diesen Fällen ist unsere Kommunikation anschlussfähig an rechte bis rechtsextreme Erzählungen, da nicht die Notwendigkeit bestimmter politischer und sozialer Folgen bei gegebenen Strukturen bzw. die Notwendigkeit der Änderung dieser im Vordergrund steht, sondern der Wunsch nach »guter Herrschaft« bzw. das »richtige« Personal in Betrieb und Gesellschaft.

Anstatt immer wieder vor der gesellschaftlichen »Spaltung« zu warnen – die doch notwendige Folge kapitalistischer Verhältnisse ist –, plädieren wir dafür, die strukturellen Problemlagen und Konfliktlinien in unserer Gesellschaft auch als solche zu anzuerkennen, zu thematisieren und Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Polarisiert wird immer – die Frage ist, wer wie und mit welchem Interesse polarisiert (vgl. Kumkar 2025), sprich: ob die Polarisierungserzählungen *Erzählungen* sind oder zutreffen bzw. bei der Problemanalyse und -lösung helfen. Daher braucht es eine gewerkschaftliche Diskussion darüber, wie Gewerkschaften selbst (stärker) zu Polarisierungsakteuren werden können. Diese Diskussion sollte geführt werden, nicht nur im Seminarraum, sondern auch im Vertrauensleutekörper, im Betriebsrat und in der regionalen Gewerkschaftsversammlung.

Die grundlegende gesellschaftliche Konfliktlinie ist die des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Schließlich lässt sich jede größere politische und betriebliche Entscheidung letztlich auf die Entscheidungsgewalt der Eigentümer über die Produktionsmittel, das Profitstreben der Unternehmen sowie der Angewiesenen des Staates auf im Sinne der kapitalistischen Konkurrenz »erfolgreiche« Unternehmen zurückführen. Das bedeutet nicht, dass Gewerkschaften bzw. Betriebsräte aufhören sollten, für Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge zu kämpfen und diese mit der Kapitalseite abzuschließen. Auch in diesem Fall macht die Art und Weise der Deutung dieser Vereinbarungen bzw. der gewerkschaftlichen Kommunikation jedoch einen Unterschied aus. Natürlich reicht ein radikaleres Auftreten allein nicht aus, um künftig alle kleineren oder größeren Auseinandersetzungen zu gewinnen, geschweige denn, aus der Phase der Defensive und der Niederlagen in eine Phase der Offensive zu gelangen. Wenn wir jedoch einen klaren, interessenpolitisch begründeten Gegnerbezug in den Vordergrund

unserer Kommunikation und Praxis stellen, können auch Niederlagen besser eingeordnet und die strukturellen Ursachen unserer Schwäche besser bearbeitet werden.

4. Der Festlegung der Demokratie auf ihre repräsentative Form auf staatlicher Ebene mit der Konsequenz der Passivierung der Bevölkerung entspricht die Festlegung der Mitbestimmung als Stellvertreterpolitik auf der Ebene des Betriebs und des Unternehmens. Daher braucht es eine Debatte darüber, wie Gewerkschafts- und Mitbestimmungsstrukturen so verändert werden können, dass möglichst viele Beschäftigte selbst für ihre Interessen aktiv werden wollen – und können.

Angesichts sinkender Mitgliederzahlen, abnehmender Tarifbindung und immer weniger Betriebsratsgremien braucht es eine Debatte darüber, inwiefern unsere eigenen Strukturen oftmals dazu beitragen, Kolleg*innen eher zu passivieren als zu aktivieren, wie demokratisch diese Strukturen sind und welcher Veränderungsbedarf sich daraus ergibt. Impulse zur Diskussion dieser Fragen liefert die bereits erwähnte Studie zu Gesellschaftsbildern ehrenamtlicher Aktiver der IG Metall. Aufgrund der hierarchischen

Organisation der Betriebe und der Weisungsgebundenheit der Beschäftigten beurteilen die Befragten die betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten im Vergleich zum politischen System als »wenig demokratisch« (was die Forschungsgruppe überraschenderweise überrascht). Weit verbreitet ist in Abgrenzung dazu »das Selbstverständnis [...], dass Betriebsräte, Gewerkschaften und Vertrauenskörper ein demokratisches Korrektiv und Treiber betrieblicher Demokratisierung sind, dass aber die Mitbestimmung zugleich noch weit davon entfernt ist, Betriebe und Unternehmen zu demokratischen Organisationen zu machen« (Kuhlmann u.a. 2024: 208). Entsprechend nehmen die meisten Ehrenamtlichen die Gewerkschaftsstrukturen und Betriebsratsgremien »selbst als demokratische Organisationen« wahr – allerdings kritisiert eine Reihe von Vertrauensleuten »die Betriebsrats- und Gewerkschaftsstrukturen als ›vermachtet‹ und ›verkrustet‹« und sieht sich dadurch »in ihrem Engagement ausgebremsst«. So sieht sich etwa die junge Vertrauensfrau Kim vor allem »als ausführendes Organ der IG Metall«, da sie »gegen diejenigen, die aus ihrer Sicht das alte System aufrechterhalten, das Bestehende sichern und Wandel verhindern, wenig auszurichten vermag.« Kim selbst sagt: »Klar, du kannst auch in die Ausschüsse und du hast eigentlich immer die Möglichkeit, deine Meinung zu sagen, das finde ich auch wirklich klasse. Aber am Ende entscheiden es halt trotzdem andere« (ebd.: 208–209).

Selbstverständlich muss in demokratischen Strukturen immer ein Umgang mit unterlegenen Positionen gefunden werden. Dennoch verweisen die Studienergebnisse sowie die Krise der Gewerkschaften darauf, dass an einer kritischen Analyse der eigenen Organisationsroutinen kein Weg vorbeiführt. Dies ist umso notwendiger in einer Zeit, in der nicht nur die Kapitalseite »sozialpartnerschaftliche« Arrangements aufkündigt und zum Angriff auf Bastionen der organisierten Beschäftigtenmacht bläst, sondern auch der Staat sozialstaatliche Errungenschaften schleift und seine Bevölkerung verstärkt als Manövriermasse

Forum Gewerkschaften

und Kostenfaktor in der Staatenkonkurrenz behandelt. Wollen Gewerkschaften politische Deprivationserscheinungen bei ihren Mitgliedern und den Beschäftigten vermeiden, sind sie gut beraten, Wege zu finden, Demokratie anders und besser zu leben, als es der Staat, das Grundgesetz und das Betriebsverfassungsgesetz vorgeben. Im Seminar, im Betrieb und in der Gewerkschaftsversammlung braucht es Zeit und Raum zur Diskussion über die Frage, wie die gewerkschaftliche Alltags- und Gremienarbeit so gestaltet werden kann, dass sie mehr Kolleg*innen zum Mitmachen und Mitentscheiden einlädt. Dazu gehören mehr direkt-demokratische Verfahren sowie eine strukturelle Stärkung der Vertrauensleute als Gewerkschaft im Betrieb. Letztlich geht es dabei um eine tendenzielle Abkehr vom Modell der gewerkschaftlichen Stellvertreterpolitik durch das Prinzip der Beteiligung. Dies ist gerade deshalb wichtig, da sich das von uns kritisierte repräsentative Prinzip im Betrieb spiegelt: Auch Betriebsräte handeln stellvertretend für die Beschäftigten und entscheiden. Sie sind nicht an deren Willen oder direkte Abstimmungen der Belegschaft über bestimmte Sachverhalte gebunden. Ihr Handlungsspielraum ist allerdings, im Gegensatz zu Parlamentariern, extrem begrenzt und kann nur durch gewerkschaftliche Organisation und Gegenmacht erweitert werden.

5. Eine Erneuerung und Wiederbelebung der gewerkschaftlichen Kampfkraft erfordert die systematische Bildung von Kapazitäten für Arbeitskämpfe sowie die nachhaltige Stärkung von Vertrauensleutestrukturen.

Die Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligungsorientierung der Gewerkschaften wird dadurch verstärkt, dass die Organisationsgrade und die Mobilisierungsfähigkeit in vielen Betrieben derzeit maximal dazu ausreichen, Warnstreiks durchzuführen. Zur Organisation mittel- und langfristiger Streiks sowie politischer Gegenwehr gegen groß angelegte Angriffe der Politik und der Kapitalseite reicht unsere Kampfkraft vielerorts nicht aus. Das, sowie die wirtschaftliche Lage und die konkreten Orientierungen unserer Mitgliedschaft erklären sowohl Erfolge als auch (relative) Niederlagen der Gewerkschaften. Wollen wir nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern, sondern auch die gesellschaftlichen Strukturen demokratisieren und politische Entscheidungen erzwingen, müssen wir auf allen Ebenen stärker, das heißt konflikt- und durchsetzungsfähiger werden. Gegenmacht muss strategisch und gezielt gebildet werden. So ging etwa dem Kampf um die 35-Stunden-Woche – einer der größten Streikbewegungen und einem der größten Erfolge der Gewerkschaften in den letzten fünfzig Jahren – ein langer innerorganisatorischer Debattenprozess voraus. Auf diesen folgte die (Aus-)Bildung tausender Vertrauensleute mit dem Ziel, die Fähigkeit zum unbefristeten Streik herzustellen. Es ist auch heute möglich, dem Kapital substanziell Boden abzuringen, wenn die Gewerkschaft diese Strategie aktiv wählt.

Hier kommen die Vertrauensleute ins Spiel. Sie sind die Gewerkschaft im Betrieb. Sie erfahren im täglichen Kontakt mit Kolleg*innen als erste und umfassend von deren Problemen und sind auch die ersten Adressaten von Wut und Kritik – nicht nur, wenn es um die eigenen Arbeitsbedingungen, sondern auch um die Arbeit der Gewerkschaft und des Betriebsrats geht. Außerdem helfen uns die besten Positionen und Forderungen nichts,

wenn sie nicht mit den Beschäftigten zusammen entwickelt und folglich nicht unterstützt oder erst gar nicht gehört werden. Allerdings sind Gewerkschaften und Betriebsräte nicht immer erfolgreich darin, ihre Vertrauensleutestrukturen angemessen zu beteiligen oder überhaupt zu bilden. Folglich erachten sich viele Vertrauensleute als wenig wirksam und sehen sich stattdessen in die Rolle von »Wasserträgern des Betriebsrats und der IG Metall« gedrängt (so ein vielfach auf Seminaren formuliertes Bild). Eine Revitalisierung der Vertrauensleutestrukturen ist auch deshalb nötig – und war historisch ein Grund dafür, weshalb überhaupt Vertrauensleutestrukturen ins Leben gerufen wurden –, da Betriebsräte gesetzlich auf eine vertrauensvolle und friedliche Zusammenarbeit mit dem »Arbeitgeber« sowie die Wahrung des »Betriebswohls« festgelegt sind.

Um diese Situation aufzulösen, muss ein Fokus auf die Qualifizierung und Stärkung unserer Vertrauensleutestrukturen gelegt werden. Unmittelbar braucht es dazu betriebsnahe Bildungsarbeit, damit die Vertrauensleute das Selbstbewusstsein und die Fähigkeit erlangen, inhaltlich fundiert und praktisch überzeugend mit Kolleg*innen zu diskutieren. Strukturell braucht es dazu eine betriebspolitische Aufwertung der Vertrauensleute. Andernfalls ist die Herstellung bundesweiter Streik- und Mobilisierungsfähigkeit nicht möglich. Wir können unsere Repräsentanten im Betrieb noch so gut schulen: Wenn wir sie nicht in unseren Strukturen und Diskussionsprozessen angemessen beteiligen, bei Entscheidungsfindungen mitwirken lassen, politische Diskussionsforen bieten, erkennen sie die Gewerkschaft nicht als »ihre« Organisation an, sondern als eine Art Versicherungsverein. Dann spielen Debatten, Gewerkschaft und Demokratie genau dort keine oder kaum eine Rolle, wo sie am meisten gebraucht werden und tendenziell am meisten Einfluss haben: In der Mittagspause, am Band, an der Maschine. Dann erübrigen sich Diskussionen um Streik- und Konfliktfähigkeit, um Gegenmacht an sich. Denn wer verteidigt oder erkämpft Positionen, die er nicht vertritt? Entsprechend plädieren wir dafür, zu diskutieren, wie Gewerkschaftsarbeit grundsätzlich als Bildungsprozess organisiert werden kann. Dabei kann u.a. auf Ansätze aus dem Organizing sowie etablierte Methoden und Formate der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zurückgegriffen werden – wenn diese ihren Weg vom Seminarraum in die Betriebe und Gewerkschaftsversammlungen finden.

Dazu müssen die betrieblichen und gewerkschaftlichen Räume, die für die demokratische Partizipation der Vertrauensleute sowie der Beschäftigten selbst zur Verfügung stehen, verteidigt und besser genutzt werden: Vertrauensleutesitzungen sowie Mitglieder- und Betriebsversammlungen sind die Orte, an denen Meinungsbildung und Diskussion stattfinden kann. Viel zu oft geraten sie jedoch zu Verkündungsplattformen, auf denen die Gewerkschaftsvertreter*innen bzw. Betriebsräte in der Rolle des Senders und die Beschäftigten bzw. Vertrauensleute in der Rolle der Empfänger sind. Damit geht eine Passivierung unserer (potenziellen) Aktiven einher, die schädlich für eine Gewerkschaft ist, die die Veränderung der Verhältnisse in Betrieb und Gesellschaft zum Ziel hat.

Fazit

Letztlich kann die Konfliktfähigkeit der Gewerkschaft nur erhöht werden, wenn die Interessenkonflikte in Betrieb, Tarifpolitik und Gewerkschaft in ihrer Tragweite ernst genommen und entsprechend kommuniziert, diskutiert und bearbeitet werden. Schließlich ist Macht das Ergebnis von Lernprozessen. Wo Gewerkschaften am Konflikt organisieren, kommt es fast immer zur Gewinnung neuer Kolleg*innen, da in der kollektiven Bewegung Solidarität erlernt und erfahren wird. Trotz der aktuellen Defensive der Gewerkschaften ist es weiterhin möglich, im »Stellungskrieg« (Antonio Gramsci) mit Politik und Kapital Erfolge zu erringen. Ob dies gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, welches Bild von Gewerkschaften sich in diesen selbst und in den Köpfen der Beschäftigten durchsetzt. Begreifen wir uns weiterhin vorrangig als »Sozialpartner« des Kapitals und konstruktive Begleiter politischer Prozesse, bleiben Forderungen nach umfassender (Wirtschafts-)demokratie bloß Tinte auf Papier. Wollen die Gewerkschaften hingegen wieder zur Gegenmacht (fähig) werden, braucht es eine Politik der innergewerkschaftlichen Politisierung und Demokratisierung, der Stärkung von Vertrauensleutestrukturen sowie allgemein eine Theorie und Praxis der Gewerkschaftsarbeit, die diese immer auch als Bildungsprozess begreift und organisiert. Das wäre eine zeitgemäße Konkretisierung der alten Marxschen Zwecksetzung der Gewerkschaften als »Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals« (Marx 1865: 152) sowie als Kräfte für die grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Und unser Diskussionsangebot hinsichtlich der Frage nach der Rolle der Gewerkschaften in der Polykrise und der »Zeitenwende«.

Literatur

- Agartz, Viktor (2025) [1965]: Die Mitbestimmung in der Sackgasse, in: Christoph Jünke (Hrsg.): Viktor Agartz oder: Ein Leben für und wider die Wirtschaftsdemokratie, Berlin, S. 164–194.
- Amnesty International (2025): The State of the World's Human Rights.
- Best, Volker/Decker, Frank/Fischer, Sandra/Küppers, Anne (2023): Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?, Bonn.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Heller, Aylene/Brähler, Elmar (2024): Die Leipziger Autoritarismus Studie 2024: Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Dies. (Hrsg.): Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024, Gießen, S. 29–99.
- Kuhlmann, Martin/Prekodravac, Milena/Rüb, Stefan/Vogel, Berthold (2024): Gesellschaftsbilder. Die Zukunft gewerkschaftlichen Engagements, Frankfurt a.M./New York.
- Kumkar, Nils C. (2025): Polarisierung. Die Ordnung der Politik, Berlin.
- Marx, Karl (1865): Lohn, Preis und Profit, in: Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 16, S. 103–152.
- Nymoer, Ole (2025): Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Gegen die Kriegstüchtigkeit, Hamburg.
- Sauer, Dieter (2012): »Krise ist immer«. Zum Verhältnis von Finanz- und Wirtschaftskrise und betrieblicher Krise in Permanenz, in: Sozialismus, Heft 1/2012, S. 45–50.
- Tucholsky, Kurt (1931): Rezension zu Hans Falladas Roman »Bauern, Bonzen und Bomben« (Berlin, Rowohlt 1931), in: Die Weltbühne, 7. April 1931, Nr. 14, S. 496–501.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

